

**NEWSLETTER**  
des Arbeitskreises

**SPD** FRAKTION  
SCHLESWIG-  
HOLSTEIN

# Umwelt

energie

# ländliche Räume

**AUSGABE 1/2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

vermutlich ist den aufmerksamen Leserinnen und Lesern gleich aufgefallen, dass es unseren Newsletter in diesem Jahr zum ersten Mal gibt. Das hat natürlich gar nichts damit zu tun, dass die Dringlichkeit unserer Themen geschwächt hätte. Ganz im Gegenteil: Die Corona-Pandemie hat uns auf vielfältige Weise vor Augen geführt, wie wichtig Naturschutz, eine nachhaltige Landwirtschaft oder auch die Energiewende als Beitrag zum Klimaschutz sind. Und dennoch: Als dann auch Deutschland vom Ausbruch des neuartigen Corona-Virus betroffen war, drehte sich natürlich erstmal alles um Wirtschaft und Gesundheitsversorgung.

Im Landeshaus wurde früh reagiert: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden ins Homeoffice geschickt, die Landtagssitzung auf ein Minimum reduziert und alle Termine abgesagt.

Seit Juni sind wir nun wieder näher an der Normalität des politischen Alltags. Auch wenn Homeoffice und Videokonferenzen noch lange zu unserem Alltag gehören werden, sind wir in der politischen Debatte wieder breit aufgestellt.

Wir haben über Tierheime, Tiertransporte oder Sauenhaltung und die unwürdigen Zustände in Schlachthöfen diskutiert. Über Koniks, Nandus und Gänse. Der Schutz unseres Grundwassers war uns ebenso wichtig wie unsere Wälder oder Wildnisflächen. Wir haben die Landesregierung wegen des Stillstands beim Ausbau der Windenergie kritisiert und die Förderung neuer Technologien wie grünen Wasserstoff gefordert. Und natürlich haben wir in Form eines Unterstützungsfonds für die Land- und Ernährungswirtschaft auch die Folgen der Corona-Pandemie in unserem Bereich lindern wollen. Viel wurde diskutiert und Vieles haben wir noch vor. Denn die Unterschiede der Jamaika-Fraktionen führen nicht zuletzt im Bereich Umwelt, Energie und ländliche Räume zu Stillstand oder miesen Kompromissen. Das werden wir so nicht hinnehmen und immer wieder versuchen, den Finger in die Wunde zu legen.

Aber nun stehen erstmal die Sommerferien vor der Tür. Wir danken all jenen, die uns und unsere Arbeit begleiten und unterstützen. Bis wir uns wieder auf Veranstaltungen sehen können, freuen wir uns über einen Austausch über digitale Medien und kleine Gesprächsrunden.

Bitte bleiben Sie gesund und genießen den Sommer in Schleswig-Holstein!

Ihr Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion



Wir danke **Dr. Silke Schielberg** für ihr Engagement in den vielen Jahren als wissenschaftliche Referentin des Arbeitskreises Umwelt, Landwirtschaft, Energie und ländliche Räume.

Schnell hatte sich die Europaexpertin in die Themen eingearbeitet und ihr Herz dafür entdeckt. Sie genoss nicht nur im Arbeitskreis einen hervorragenden Ruf. Ihre verbindliche Art, gewissenhafte und fachkundige Arbeit, ihre großartige Fähigkeit Zusammenhänge auch fachübergreifend zu verstehen, waren für die Mitglieder des Arbeitskreises so wertvoll. Bereisungen wurden akribisch organisiert und Veranstaltungseinladungen wurden auch gerne 20-mal geprüft. Und wir hatten auch echt viel Spaß miteinander. Schön ist, dass Silke im Arbeitskreis Europa, Minderheiten, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Metropolregion weiterhin Referentin der SPD-Landtagsfraktion bleibt. Somit ist sie sozusagen nicht aus der Welt.



Liebe Silke, vielen Dank für Deine super Arbeit und die schöne Zeit.



Neue wissenschaftliche Referentin in unserem Arbeitskreis ist **Mareike Overbeck**.

Nach ihrem Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Politikwissenschaften und Öffentlichem Recht arbeitete sie einige Jahre im norddeutschen Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung, bevor sie in den SPD-Landesverband nach Kiel wechselte. Seit Februar dieses Jahres übernimmt sie nun den Arbeitskreis Umwelt, Energie und ländliche Räume der SPD-Landtagsfraktion von Dr. Silke Schielberg. Wir sind uns sicher, dass wir die Arbeit mit ihr erfolgreich fortsetzen können.

Liebe Mareike, wir freuen uns sehr, dass Du jetzt in unserem Team bist. Auf gute Zusammenarbeit!

Nach vielen Jahren in der Fraktion und ca. einem Jahr als Mitarbeiterin des Arbeitskreises Umwelt, Energie und ländliche Räume ist **Astrid Leßmann** in den Vorruhestand verabschiedet worden.

Neben der Sekretariatsarbeit hat sie u.a. unsere Klimakonferenz und die Informationsveranstaltungen zu Munitionsaltlasten und Plastikverschwendung organisiert. Hinzu kamen weitere Gesprächsrunden vor Ort und Bereisungstermine.

Liebe Astrid, wir werden Dich vermissen und wünschen Dir (auch als neue Hundemama) alles Gute.



Wir freuen uns, dass wir am 15. Juni 2020 **Marie Strake** als neue Mitarbeiterin begrüßen durften. Die gelernte Verkaufskauffrau wird neben der Veranstaltungsorganisation der SPD-Landtagsfraktion auch die Betreuung unseres Arbeitskreises übernehmen. Durch ihre Ausbildung im SPD-Landesverband hat sie bereits Erfahrungen im politischen Bereich gesammelt.

Liebe Marie, wir freuen uns auf dich in unserem Team und auf eine gute Zusammenarbeit!

## "Munitionsaltlasten in der Ostsee – alles im Griff?"

Von Sandra Redmann, SPD-Landtagsabgeordnete

Bereits im Februar hatte die SPD-Landtagsfraktion zu einer Informationsveranstaltung nach Travemünde eingeladen. Schon seit längerem beschäftigt sich die Fraktion mit der Frage, welche Gefahren durch Altmunition tatsächlich auf unserem Meeresgrund lauern und ob eine umweltschonende Bergung möglich ist. Welche Maßnahmen wären hierfür erforderlich?

Nachdem die SPD das Thema auf die Tagesordnung des Umwelt- und Agrarausschusses gesetzt hatte, folgte nun die Veranstaltung mit einem hochkarätig besetzten Podium. Nachdem die SPD-Ortsvereinsvorsitzende Sabine Haltern die rund 100 Gäste begrüßt hatte, führten Thomas Rother und Sandra Redmann in das Thema ein.

Prof. Dr. Maser vom Institut für Toxikologie der CAU Kiel berichtete in seinem Vortrag "Ökologische und gesundheitliche Gefahren durch Kriegsmunition in der Ostsee" über die Auswirkungen der Munition auf das Ökosystem Meer. Durch mehrere Forschungsarbeiten u.a. Pilotmonitoring in der Lübecker Bucht und als Partner des Projekts "Umweltmonitoring für die Delaborierung von Munition im Meer" konnte er nicht nur auf die Gefahren für Meeresbewohner, sondern auch für Menschen hinweisen. Denn durch die Korrosion gelangen giftige Stoffe ins Meer, werden von Fischen aufgenommen, die wiederum von Menschen verzehrt werden. Von unschätzbarem Wert sind die Untersuchungen und Erkenntnisse des Instituts für Toxikologie. Die SPD-Landtagsfraktion hält diese Arbeit für unerlässlich und ist froh, dass wir dieses Institut in Schleswig-Holstein haben.



Claus Böttcher von der Sonderstelle Munition im Meer im MELUND ist ausgewiesener Experte für Munitionsaltlasten und auch auf internationalen Veranstaltungen unterwegs.

In seinem Vortrag "Munition in der Ostsee und was wir über die Lübecker Bucht wissen" berichtete er über zwei Gebiete, in denen eine gezielte Versenkung von Munition belegt werden konnte. Insbesondere der Bereich um Neustadt ist belastet. In Travemünde gibt es als verdächtig markierte Gebiete. Rund 300.000 Tonnen Munition sind in der Ostsee versenkt, davon ca. 50.000 Tonnen in der Lübecker Bucht.

Einig waren sich beide Experten, dass etwas getan werden muss. Wichtig ist eine schonende Bergung, Robotertechnik könnte dabei zum Einsatz kommen. Sprengungen, wie im letzten Jahr geschehen, können giftige Stoffe freisetzen und sollten eher vermieden werden.

In diese Richtung äußerte sich auch Dagmar Struß vom NABU, ausgewiesene Schweinswalexpertin. Sie berichtete über "Naturschutz und Minenräumung - (k)ein Widerspruch?". In ihrem Vortrag ging auch sie auf die Auswirkungen auf das Ökosystem Meer ein und kritisierte nochmals deutlich die Sprengung vor Fehmarn im letzten Jahr. Für die Schweinswale mit ihrem Nachwuchs war das eine absolute Katastrophe.

Alle Vorträge lösten Betroffenheit beim Publikum aus. Viele waren über die Menge an Munition überrascht und so wurden in der anschließenden Podiumsdiskussion viele Fragen gestellt. Gabriele Hiller-Ohm, MdB, berichtete aus Berlin und sicherte zu, das Thema dort auch wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Auch Kurdirektor Uwe Kirchhoff beschäftigte sich schon länger mit dem Thema. Es ist wichtig, die Touristen zu informieren und über das Thema aufzuklären. Diese Position unterstützten alle Experten. Häufig ist es schon zu Unfällen gekommen, wenn Strandbesucherinnen und -besucher vermeintlichen Bernstein einsammeln, es sich dabei jedoch um Phosphorrückstände handelt.

Die SPD-Landtagsfraktion hat zusätzliche Mittel im Haushalt für Informationen und Unterstützung für Kommunen im Zusammenhang mit Munitionsaltlasten beantragt. Leider haben CDU, Grüne und FDP den Antrag abgelehnt.

Es war eine rundum gelungene Veranstaltung. Fortsetzung folgt.

*(v.l.n.r.) Sabine Haltern,  
Sandra Redmann, Thomas  
Rother, Uwe Kirchhoff,  
Dagmar Struß, Prof. Dr.  
Edmund Maser, Gabriele  
Hiller-Ohm, Claus Böttcher*



### **Ein Agrophotovoltaik-Konzept als neuer Impuls für den innovativen und ganzheitlichen Ausbau der Solarenergie in Schleswig-Holstein.**

Von Thomas Hölck, SPD-Landtagsabgeordneter

Als Agrophotovoltaik (APV) wird ein Verfahren bezeichnet, Flächen gleichzeitig für nachhaltige Energieerzeugung durch Photovoltaik (PV) und die landwirtschaftliche Pflanzenproduktion einzusetzen. Verschiedene APV-Konzepte decken ein breites Spektrum in der Intensität landwirtschaftlicher Nutzung und im Mehraufwand für den PV-Anlagenbau ab. Anstelle der herkömmlichen Solaranlagen, die auf dem Boden stehen und wertvolle Fläche belegen, werden APV-Anlagen meist auf Trägern montiert, die so Platz für die weitere Nutzung und zusätzlich Schutz vor Hagel-, Frost- und Dürreschäden bieten.

Entwickelt wurde das Konzept 2011 vom Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE. Aktuell gibt es in Deutschland ein durch Bundesmittel gefördertes Modellprojekt in Heggelbach am Bodensee. Dort können landwirtschaftliche Maschinen unter fünf Meter hohen APV-Anlagen weiterhin genutzt werden. Andere Konzepte sehen eine Beweidung durch Nutztiere vor.

Staatliche Förderprogramme haben die APV-Technologie weltweit steigen lassen: von ca. 5 Megawatt (MW) im Jahr 2012 auf ca. 2,9 GW im Jahr 2018. In Schleswig-Holstein betrug die Leistung aus Photovoltaikanlagen im Jahr 2018 etwa 1.600 MW. Das ist etwa so viel wie die verbleibende Atomenergie - etwa 10 Prozent der gesamt-installierten Leistung. Denn der Einsatz von Solaranlagen auf großen Freiflächen (Freiflächenphotovoltaik) ist in Schleswig-Holstein derzeit noch im Kommen. Bislang gibt es etwa 140 Anlagen mit insgesamt 500 MW installierter Leistung, die vor allem im Landesinneren zu finden sind. Das ist im Vergleich zu den südlichen Bundesländern noch sehr wenig.

Die Freiflächenphotovoltaik wird indes immer attraktiver. Denn die Preise für Module sind stark gefallen. Außerdem ist der Einsatz von Solartechnik nicht besonders wartungsintensiv und im Gegensatz zu Windrädern ist eine hohe Akzeptanz der Bevölkerung zu erwarten.

Neben dem finanziellen Argument bieten Photovoltaik-Anlagen auch Vorteile gegenüber dem Naturschutz, Vogelrouten werden nicht gestört, sie dominieren nicht das Landschaftsbild und erzeugen keine Lärmemissionen. So können neben dem weiterhin großen Potenzial von Dachflächen-PV-Anlagen, auch Doppelnutzungs-Optionen auf ertragsarmen Grünlandflächen dabei helfen, die Klimaziele zu erreichen.

Wir wollen den Ausbau erneuerbaren Energien auch in Schleswig-Holstein weiter im Sinne einer nachhaltigen Energiewende voranbringen. Deshalb müssen wir als Politik nicht nur Ziele setzen, sondern auch immer wieder Anreize schaffen, damit die Umsetzung tatsächlich funktioniert. Dazu wollen wir kluge und in die Zukunft gerichtete Anlagen-Systeme fördern. Zurzeit ist aber



der Einsatz von PV-Systemen auf Freiflächen abseits von Autobahnen oder Bahnlinien hierzulande kaum möglich. Hintergrund ist der Schutz von Acker- und Grünland vor steigenden Preisen und der Zerstörung des Lebensraums von Tieren durch herkömmliche PV-Anlagen. Die Doppelnutzung durch APV-Systeme, würde die Erträge dieser Flächen jedoch noch steigern und Naturräume weitgehend erhalten.

Mit der Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) von 2017 hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie bei der Flächenkulisse Photovoltaik eine „Länderöffnungsklausel“ eingeführt. Demnach dürfen die Länder entscheiden, ob sie die Nutzung von Acker- und Grünflächen in bestimmten Gebieten zulassen wollen. Qualitätskriterien müssen in Zusammenarbeit mit den Interessenvertretungen so angepasst werden, dass die landwirtschaftliche Nutzung Vorrang erhält und die Errichtung von APV-Anlagen unter gegebenen Umständen begünstigt wird.

Somit sind Agrophotovoltaik-Anlagen eine wichtige und sinnvolle Ergänzung zur Windenergie in Schleswig-Holstein. Sie können dabei helfen, die Klimaschutzziele zu erreichen. Wir brauchen nun ein kluges Konzept, um Nachteile dieser Technologie zu vermeiden und ihre Vorteile zu nutzen. Diese Abwägung wie auch einen politischen Rahmen zu setzen, ist eine wichtige Aufgabe der Politik, die jetzt ansteht.

### EU-Hilfen für die Fischerei in der Corona-Krise

Von Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete



Seit Jahren kämpfen die kleinen Fischereibetriebe in Schleswig-Holstein um ihre Existenz. EU-Fangbeschränkungen und -Quoten haben ihre Existenzgrundlage auch ohne Corona bereits stark gefährdet. Nun kommen die Verluste durch die Corona-Pandemie noch obenauf.

Durch die rigorose Schließung von Restaurants, Kantinen oder Hotels fielen wichtige Einnahmen zwischen den Fangzeiten nahezu vollständig weg. Den Krabbenfischern ist zudem

ein ganzer Verarbeitungsschritt in Marokko weggebrochen. Die Existenz eines für Schleswig-Holstein prägenden Wirtschaftszweiges ist akut gefährdet.

Um ihren Unmut zu zeigen, demonstrierten die Muschelfischer am 20. Mai 2020 vor dem Landeshaus - zeitgleich zu einer Sitzung des Umwelt- und Agrarausschusses. Sie beklagten die gravierenden Unterschiede zu ihren holländischen Kollegen, die ein Mehrfaches ihrer Tagessätze erhalten. Und auch die Stilllegungszeiten sind mit fünf Wochen länger angesetzt. Das ist eine Ungerechtigkeit, die kaum nachvollziehbar ist.

Hier zeigt sich wieder einmal, dass europäische Politik kein Selbstgänger ist und es nicht reicht, EU-Gelder durchzuwinken. Hier sind das Engagement der zuständigen Europaabgeordneten und der Einsatz der zuständigen Landes- und Bundesminister gefragt! Wenn selbst der schleswig-holsteinische Umweltminister die Tagessätze seiner Muschelfischer als „mau“ bezeichnet, muss hier dringend gehandelt werden!

In der Ausschusssitzung, vor deren Toren die Demonstration der Muschelfischer stattfand, hat der Umweltminister auf Antrag der SPD-Landtagsfraktion über die flexiblen Hilfen aus dem Europäischen Meeres- und Fischereifonds für die von der Corona-Pandemie betroffenen Fischerei- und Aquakulturbetriebe informiert. Erfreulicherweise werden ergänzend zu den Bundesmitteln auch europäische Gelder zur Verfügung gestellt. Dies kann aber nur ein Teil der Hilfen sein. Der SPD-Landtagsfraktion geht es darum, Fischerei als wirtschaftliche Kraft und auch als touristisches Merkmal in Schleswig-Holstein zu bewahren.



Schleswig-Holstein meerumschlungen – wie es im Schleswig-Holstein-Lied heißt. Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner sind mit ihrem Land eng verbunden. Im Norden ist die Fischerei ein prägender Berufszeig. Deshalb macht die SPD-Landtagsfraktion deutlich, dass sie in dieser kritischen Situation erwartet, dass die Landesregierung die Gesamtsituation der schleswig-holsteinischen Fischerinnen und Fischer im Blick behält und sich kümmert! Darauf wird die SPD-Fraktion als größte Oppositionsfraktion genau achtgeben!

### **Bundes-Konjunkturprogramm**

Von Thomas Hölck, SPD-Landtagsabgeordneter

Die Corona-Pandemie hat sowohl die deutsche Wirtschaft als auch weite Teile der Bevölkerung in finanzielle Schwierigkeiten gebracht. Um einer großen wirtschaftlichen Krise entgegenzuwirken, hat die große Koalition ein umfangreiches Konjunkturprogramm auf den Weg gebracht. Dabei werden auch beim Klimaschutz und bei der Energiewende mehrere wichtige Akzente gesetzt. Im Einzelnen bedeutet das:

#### **Verkehr**

Der drängende Strukturwandel in der Automobilindustrie wird beschleunigt. Dazu gehört unter anderem, dass die Kfz-Steuer für Pkw stärker an CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgerichtet wird. Das heißt, wer sich ein Auto kauft, das viel CO<sub>2</sub> ausstößt, muss künftig tiefer in die Tasche greifen. Für Neuzulassungen wird die Bemessungsgrundlage zum 1. Januar 2021 hauptsächlich auf die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro gefahrenen Kilometer bezogen. Ab 95g CO<sub>2</sub>/km wird die Kfz-Steuer in Stufen angehoben. Umweltschonendes Fahren wird ab sofort finanziell belohnt.

Auch Besitzerinnen und Besitzer von Elektrofahrzeugen haben Vorteile: Die bereits geltende zehnjährige Kraftfahrzeugsteuerbefreiung für reine Elektrofahrzeuge wird bis 31.12.2030 verlängert.



Ab sofort wird durch die Umweltprämie der Austausch von Benzin- oder Dieselfahrzeugen gegen klima- und umweltfreundlichere Elektrofahrzeuge gefördert. Die sogenannte Innovationsprämie wird für die Käufer verdoppelt. Das bedeutet zum Beispiel: Wer bis zum 31. Dezember 2021 ein E-Fahrzeug von bis zu 40.000 Euro kauft, erhält statt der bisherigen 3.000 Euro jetzt 6.000 Euro staatliche Förderung.

Niemand kauft sich ein Elektrofahrzeug, wenn die Infrastruktur der Lademöglichkeiten nicht deutlich besser wird. Durch eine Versorgungsauflage soll daher geregelt werden, dass an allen Tankstellen in Deutschland auch Ladepunkte angeboten werden. Das ist eine wichtige Verbesserung für Menschen, die sich ein Elektrofahrzeug anschaffen wollen.

Um auch die Nachfrage nach E-Bussen zu erhöhen und den Stadtverkehr umweltfreundlicher zu machen, wird außerdem die Förderung für E-Busse und deren Ladeinfrastruktur bis Ende 2021 befristet aufgestockt.

Denn zum Klimaschutz gehört auch die Stärkung des ÖPNV. Deshalb hat der Bund bereits im Rahmen des Klimaschutzprogramms 2030 beschlossen, sich von 2020 bis 2030 jährlich mit 1 Mrd. Euro zusätzlichen Eigenkapitals an der Deutschen Bahn zu beteiligen.

Dadurch wird die Deutsche Bahn in die Lage versetzt, mehr Kapital in die Modernisierung, den Ausbau und in die Elektrifizierung des Schienennetzes und das Bahnsystem zu investieren. Um dieses Ziel auch angesichts der Corona-bedingten Einnahmeausfälle weiter realisieren zu können, wird der Bund weiteres Eigenkapital in Höhe von 5 Mrd. Euro zur Verfügung stellen.

Flugreisen werden von Klimaschützern heute immer wieder kritisiert. Da wir bei Urlaubs- und beruflichen Reisen nicht ganz auf dieses Verkehrsmittel verzichten können, unterstützen wir die Umstellung auf Flugzeuge neuester Bauart. Denn moderne Flugzeuge emittieren bis zu 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub> und Lärm.

## Energie

Klimaschutz wird uns nur gelingen, wenn wir ganz auf erneuerbare Energien umstellen. Hierzu gehört auch die Wasserstofftechnologie. Die Bundesregierung wird dazu kurzfristig die „Nationale Wasserstoffstrategie“ vorlegen. Deren Ziel wird es sein, Deutschland bei modernster Wasserstofftechnik zum Ausrüster der Welt zu machen. Entsprechend soll aus der Strategie ein Programm zur Entwicklung von Wasserstoffproduktionsanlagen entwickelt werden. Um den Einsatz dieser Technologien auch in Deutschland im Industriemaßstab zu demonstrieren, sollen bis 2030 industrielle Produktionsanlagen von bis zu 5 Gigawatt Gesamtleistung einschließlich der dafür erforderlichen Offshore- und Onshore-Energiegewinnung entstehen. Bis 2035 und 2040 werden nach Möglichkeit je weitere 5 GW zugebaut.

Zur Unterstützung dieser jungen Technologie ist die Befreiung der Produktion von grünem Wasserstoff von der EEG-Umlage sehr wichtig. Und dabei muss sichergestellt werden, dass dadurch die EEG-Umlage nicht steigt.



Im Bereich Windenergie soll ein Mindestabstand von 1000 Metern zwar nicht grundsätzlich eingeführt werden, jedoch erhalten die Länder durch eine Änderung des Baugesetzbuchs die Möglichkeit, diesen Abstand rechtssicher für ihr Gebiet festzulegen. So soll die Windenergie an Land konsequent weiter ausgebaut werden. Der SPD war immer besonders wichtig, dass eine Möglichkeit geschaffen wird, mit der Kommunen und Anwohner stärker von den finanziellen Erträgen der Windkraft profitieren. Auch dies ist Teil des Konjunkturprogramms.

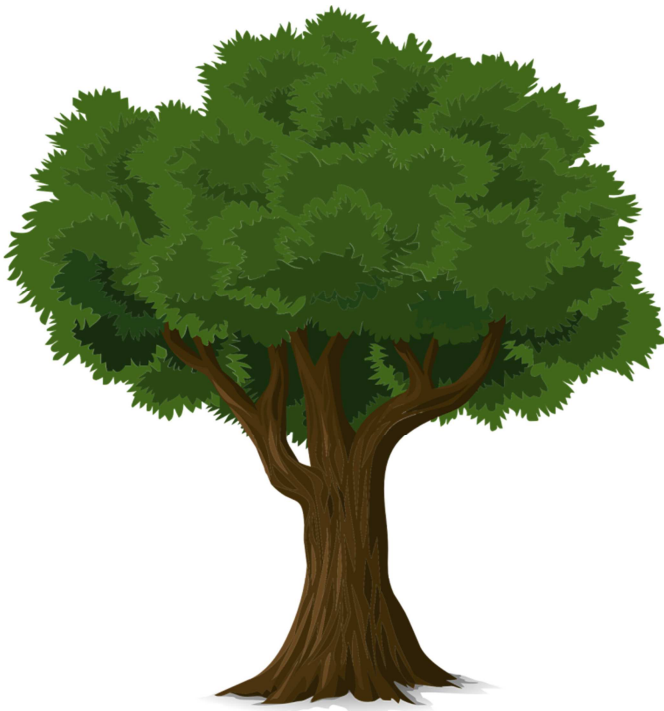
Neben der Windenergie ist aber auch Photovoltaik eine zunehmend wichtige Energiequelle. Um den Ausbau der Erneuerbaren Energien auch in diesem Bereich weiter zu forcieren, wird der Deckel für Photovoltaik unmittelbar abgeschafft.

Neben erneuerbaren Energien ist im Bereich Klimaschutz auch das Energiesparen ein wichtiger Aspekt: Hierfür wurde das CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramm für 2020/2021 um eine Milliarde Euro auf 2,5 Milliarden Euro aufgestockt. Auch die energetische Sanierung kommunaler Gebäude und die Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen in sozialen Einrichtungen werden mit dem Programm unterstützt.

### Wald und Forstwirtschaft

Für das Klima spielt auch unser Wald eine entscheidende Rolle. Leider ist diese grüne Lunge in sehr schlechtem Zustand. Nach zwei Dürrejahre hat auch das Jahr 2020 schon mit großer Trockenheit begonnen. Damit setzen sich die Schäden in deutschen Wäldern fort.

Der Klimawandel bedroht neben dem Lebensraum Wald und seiner Artenvielfalt auch seine Funktionen. Wälder sind für uns Erholungsraum, sie tragen einen Beitrag an Klima- und Bodenschutz. Sie haben aber auch einen Nutzen.



Die Forstwirtschaft hat bundesweit durch sinkende Holzpreise – zum Teil auch durch die Corona-Pandemie – große Einbußen hinzunehmen. Deshalb stellt die Bundesregierung weitere 700 Millionen Euro für den Erhalt und die nachhaltige Bewirtschaftung der Wälder einschließlich der Förderung der Digitalisierung in der Forstwirtschaft und die Unterstützung von Investitionen in moderne Betriebsmaschinen und -geräte bereit.

Es gibt vielfältige Aufgaben im Bereich Klimaschutz, die auch in Corona-Zeiten nicht vernachlässigt werden dürfen. Die Zeit des Aufschiebens ist vorbei. Deshalb ist es gut und wichtig, dass das Konjunkturprogramm der Bundesregierung Innovationen und Klimaschutz bei der Mittelvergabe als Richtschnur genommen hat.

Ökologie und Ökonomie müssen künftig zusammengedacht werden. Nur so können wir unserer Verantwortung für künftige Generationen gerecht werden.

## Regionalkonferenz zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung

Von Kerstin Metzner, SPD-Landtagsabgeordnete

Mit mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern fand am 22. Januar 2020 in Norderstedt eine der Regionalkonferenzen zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie statt. Als Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für die Eine-Welt-Politik gehörte auch Kerstin Metzner zu den Gästen der Veranstaltung.

Die Bundesumweltministerin Svenja Schulze eröffnete zusammen mit Ministerpräsident Daniel Günther und Oberbürgermeisterin Elke Christina Roeder in Norderstedt die zweite regionale Dialogkonferenz zur Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie.

Die Gastgeberstadt Norderstedt hatte sich bereits vor geraumer Zeit aus ökologischer, ökonomischer und auch aus sozialer Sicht zukunftsfähig aufgestellt, berichtete die Oberbürgermeisterin voller Stolz.

In ihrem Grußwort unterstrich die Bundesumweltministerin Svenja Schulze, dass die Nachhaltigkeit aktuell ein viel diskutiertes Thema sei. Nicht zuletzt durch Bewegungen wie Fridays For Future sei es auch für die Politik unerlässlich geworden, sich intensiv mit dem Thema Nachhaltigkeit zu beschäftigen. In einigen Bereichen wurden bereits wichtige Fortschritte erreicht, z.B. beim Klimaschutzprogramm, dem Aktionsprogramm Insektenschutz oder der Reduzierung von Plastik. Trotzdem bliebe noch viel zu tun, z.B. beim Ausbau von Wind- und Sonnenenergie.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft, Kirchen und Verwaltung tauschten sich in vier Workshops darüber aus, wie in Deutschland die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen bis 2030 erreicht werden können. Dabei wurden vielfältige konkrete Ideen entwickelt und Vorschläge herausgearbeitet.



Die Regionalkonferenz hat gezeigt, wie wichtig es ist, dass sich die verschiedensten Akteurinnen und Akteure austauschen und vernetzen. Bestehende Strukturen müssen noch mehr gestärkt und praktikabler für große Teile der Bevölkerung werden. Eine aktive Bürgerbeteiligung benötigt Plattformen, auf denen die Vernetzung und der Erfahrungsaustausch stattfinden können. Auf der Konferenz wurden entsprechende Konzepte erarbeitet.

Hervorgehoben wurde darüber hinaus die weltweite Bedeutung nachhaltiger Prozesse. Projekte wie den „Grünen Knopf“ kann jeder in seinem Alltag, zum Beispiel durch ein bewussteres Kaufverhalten unterstützen und damit einen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten. Der Grüne Knopf ist ein staatliches Siegel für nachhaltige Textilien und nur ein Beispiel für nachhaltige Projekte.

Die Regionalkonferenz in Norderstedt war die zweite von insgesamt fünf Dialogveranstaltungen. Die dort erarbeiteten Anregungen aus den Workshops wurden dokumentiert und gingen auf die Reise nach Berlin.

Der abschließende Bericht über die Ergebnisse aller Regionalkonferenzen war für den Herbst 2020 vorgesehen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie wird sich die Veröffentlichung der Aktualisierung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie jedoch voraussichtlich um einige Wochen verzögern.

Informationen zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gibt es unter [www.dialog-nachhaltigkeit.de](http://www.dialog-nachhaltigkeit.de). Die Umsetzung der 17 Nachhaltigkeitsziele (SDGs) der Vereinten Nationen wird die SPD-Landtagsfraktion auch weiterhin im Blick behalten.

### Wildtiergehege

Von Beate Raudies, SPD-Landtagsabgeordnete

Mit meinem Abgeordnetenkollegen Stefan Weber, der bei uns in der Fraktion für Tierschutz zuständig ist, habe ich die Wildtierstation in Klein Offenseth-Sparrieshoop besucht. Uns interessiert, wie die Station mit dem komplizierten Antragsverfahren für die Fördermittel vom Land umgeht. 450 000 Euro für Investitionen standen den Tierhilfsorganisationen in 2019 zur Verfügung. Abgerufen wurden aber nur etwa 7500 Euro. Bei der Station angekommen, gibt es erstmal Kaffee und Kekse mit Katharina und Christian Erdmann. Die beiden betreiben die Station. Katharina Erdmann ist außerdem ehrenamtliche Tierschutzbeauftragte des Landes.

Rund 2000 verletzte, hilflose oder falsch gehaltene Tiere sind im vergangenen Jahr in der Wildtierstation betreut worden – so viele wie nie zuvor, erzählen uns die beiden. Deshalb haben sie eine neue Voliere beim Land beantragt. Das ist seit 2018 möglich. Laut Christian Erdmann benötigen sie dafür von der Gemeinde Klein Offenseth-Sparrieshoop einen Ablehnungsbescheid. Denn das Land kann einen entsprechenden Antrag nur weiter prüfen, wenn ein ablehnender Bescheid der zuständigen Gemeinde für das zu fördernde Projekt vorliegt. Das hat 2018 noch nicht so gut geklappt, aber die beiden Tierschützer haben sich davon nicht entmutigen lassen, und haben 2019 einen neuen Antrag gestellt. Diesmal mit Erfolg. Weiterhin bemühen sie sich um Spenden aus der „Bingo!“ Umweltlotterie, was gut klappt. Unterstützt wird die Station außerdem von der Stiftung „Vier Pfoten“. 180 000 Euro jährlich beträgt der Finanzbedarf der Station.

Da immer mehr Tiere abgegeben werden, steigt der Bedarf. Schwierig ist auch das Thema Animal Hoarding. Denn nicht nur Hunde und Katzen werden von einigen Menschen in Massen gehalten, sondern auch Geflügel, Schafe und Kaninchen. Diese Tiere haben einen hohen Betreuungsbedarf. Das Antragsverfahren des Landes mache Mühe, und man dürfe nicht aufgeben. Katharina Erdmann sitzt lange Zeit am Rechner, weil das Verfahren sehr aufwendig ist. Das schrecke sicherlich viele kleine Organisationen ab. Sie regt an, dass auch Geld für den laufenden Betrieb bereitgestellt werden müsste, um Vollzeitpersonal und Azubis einstellen zu können. Außerdem wünschen sich die Tierschützer personelle Unterstützung fürs Tierschutzreferat im Umweltministerium und einheitliche Kriterien für Wildtierstationen, was beispielsweise die Sachkundenachweise angeht. Wir sagen unsere Unterstützung

zu. Weiterhin stellen Katharina und Christian Erdmann die Umweltbildungsprojekte der Station vor. Die seien bei Kindergärten und Schulen sehr beliebt und werden gut nachgefragt. Um mehr naturpädagogische Angebote machen zu können, wird die Station entsprechend umgebaut. Wir sind beeindruckt.

Dann nehmen die beiden uns mit auf einen Rundgang über das 2,6 Hektar große Gelände. Dort wurden



viele Gehege und Volieren für die Tiere gebaut. Es gibt einen Bereich für Enten und Gänse mit einem Teich, ein Waschbärenghege und vieles mehr. Alles sehr gepflegt und mit sehr viel Herzblut angelegt. Viel Arbeit für die engagierten Tierschützer. Und deshalb sind wir uns einig, dass diese wichtige Arbeit angemessen unterstützt werden muss. Zum Schluss haben wir noch ein Pressegespräch und berichten über unsere Eindrücke. Ich bin sehr beeindruckt und komme gerne wieder.

*(v.l.n.r.) Christian Erdmann, Stefan Weber, Beate Raudies und Katharina Erdmann*

## **Green Deal**

Von Delara Burkhardt, SPD-Europaabgeordnete

Liebe Genoss\*innen,

liebe Europa- und Umweltinteressierte,

die Corona-Pandemie zeigt uns, wozu die Zerstörung der Umwelt führen kann. Denn die Vernichtung von Lebensräumen vieler Tiere hat maßgeblich zur Übertragung des Virus auf den Menschen beigetragen. Aber wir zerstören durch unser Handeln nicht nur die Artenvielfalt und setzen uns einem gesundheitlichen Risiko aus. Wir zerstören unsere Grundlage im Kampf gegen den Klimawandel!

Genau das will der Green Deal ändern. Der Green Deal ist das Programm der EU für die sozial-ökologische Wende in Europa. Durch ihn sollen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit in Europa vorangetrieben werden - gemeinsam. Er ist ein Bündel von fast 50 Maßnahmen zu verschiedensten Themen: Klimaschutz, Artenvielfalt, Landwirtschaft, Mobilität, Kreislaufwirtschaft. Der Green Deal ist also viel mehr als „nur“ Klimaschutz und umfasst alle Lebensbereiche!

Viele Konservative und Wirtschaftsvertreter\*innen meinen jetzt aber, man müsse sich erst einmal auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas nach Corona konzentrieren und dürfe nicht mit der „Klimakeule“ auf die Wirtschaft hauen. Ich finde: Das ist nicht nur falsch, das ist auch eine gefährliche Behauptung.

Die EU plant ein riesiges Wiederaufbauprogramm, um die Corona-Krise zu bewältigen. Der Vorschlag der Europäischen Kommission umfasst insgesamt 750 Mrd. €! Mit dieser riesigen Summe können wir nicht nur die Wirtschaft stützen, wir können auch einen großen Sprung nach vorne, Richtung Nachhaltigkeit in ganz Europa machen. Wenn wir Green Deal und Wiederaufbauprogramm jetzt klug einsetzen, können sie zu einem Kickstarter für die sozial-ökologische Wende in ganz Europa werden. Und ganz nebenbei werden europäische Unternehmen zukunftsfähiger und die Arbeitsplätze sicherer. Dazu brauchen wir ein europäisches Wiederaufbauprogramm, dessen Herz der Green Deal ist. Das Wiederaufbauprogramm muss also nachhaltig sein und sich an den Zielen und Maßnahmen des Green Deals orientieren. Die EU-Kommission plant daher richtigerweise, die Gelder an Nachhaltigkeitskriterien zu knüpfen.

Laut Vorschlag der Kommission soll Deutschland 28 Mrd. € an Zuschüssen erhalten, die es nicht zurückzahlen muss. Von diesen Geldern werden also vermutlich auch Unternehmen in Schleswig-Holstein profitieren. Und Zuschüsse können nicht nur Unternehmen erhalten, die bereits jetzt nachhaltig wirtschaften und zum Klimaschutz beitragen. Auch Betriebe, die noch Verbesserungspotential haben, können Gelder aus dem Wiederaufbauprogramm erhalten – sofern sie konkret zeigen, wie sie nachhaltiger werden wollen.

Die deutsche Bundesregierung hat mit ihrem Konjunkturpaket vorgemacht, wie es gehen kann: Statt mit Sparpolitik startet Deutschland mit Zukunftsinvestitionen aus der Krise. Das ist nicht nur ein historischer Schritt – es ist auch ein Handlungserfolg für die SPD. Ab dem 1. Juli übernimmt Deutschland außerdem die EU-Ratspräsidentschaft. Dann gilt es, dass die Bundesregierung die EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzt, um auch das europäische Wiederaufbauprogramm zu einem Kickstarter für die sozial-ökologische Wende in Europa werden zu lassen. Denn Deutschland wird im Rahmen seiner Ratspräsidentschaft unter anderem die Verhandlungen zum nächsten langfristigen Haushalt der EU leiten, bei denen es auch um die Finanzierung des Wiederaufbauprogramms gehen wird. Damit hat die Bundesregierung und mit ihr die SPD eine große Verantwortung dafür, wie Europa aus der Krise starten wird. Aber es ist auch eine einmalige Chance, ein nachhaltiges und faires Europa aufzubauen!



*Delara Burkhardt*

## Aktuelle energiepolitische Weichenstellungen

Von Dr. Nina Scheer, SPD-Bundestagsabgeordnete

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Genossinnen und Genossen,

angesichts sich verknappender Ressourcen und drängender Klimaschutzaufgaben muss der Umstieg auf Erneuerbare Energien und damit deren Ausbau beschleunigt sowie der derzeitige Einbruch bei Wind und Solar dringend gestoppt werden. Ein Hemmnis wurde in der vorletzten Sitzungswoche vor der Sommerpause – nach einem ganzen Jahr innerkoalitionärem Ringen – nun beseitigt: Der Solardeckel. Die vorangegangene Blockade von CDU/CSU ist damit beendet; Photovoltaikanlagen können weiter über das Erneuerbare-Energien-Gesetz gebaut werden. Der Solardeckel wäre in diesen Wochen erreicht worden und hat bereits zu einem Rückgang an Aufträgen geführt.

Als Kompromiss zu dieser Einigung war allerdings eine Opt-in Regelung für Länder erforderlich, die es diesen ermöglicht, eine Abstandsregelung für Windräder bis einschließlich 1000 Meter auf Länderebene festlegen zu können – aber nicht zu müssen. Damit konnte von der SPD die anfangs von CDU/CSU geforderte bundesweite (zwingende) Abstandsregelung von 1000 Metern und das damit einhergehende Hemmnis für den Ausbau von Windenergie an Land abgewendet werden. Der Ausbau von Windenergieanlagen an Land ist ein wichtiger Bestandteil der Energiewende und bietet die Möglichkeit einer dezentralen und bürgernahen Energiewende.

Wird das Gewicht hingegen einseitig auf Offshore-Windenergie gelegt, führt dies zu einer Konzentration auf wenige Akteure und eine hohe Abhängigkeit von ausreichend verfügbaren Hochspannungsnetzen bei der Energiewende. Dies gilt es auch Bundeswirtschafts- und Energieminister Peter Altmaier entgegen zu halten, der die Energiewende ausweislich entsprechender Schwerpunktsetzungen in der vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie entwickelten nationalen Wasserstoffstrategie offenkundig aufs Meer und ins Ausland verlagern möchte. Damit wird leichtfertig die dezentrale Beteiligungsstruktur aufs Spiel gesetzt, die in der nunmehr 20 jährigen Geschichte des EEG (vgl. auch Artikel 20 Jahre EEG – „Viel Feind, viel Ehr“ unter <https://www.eurosolar.de/de/index.php/solarzeitalter-eurosolar-zeitschrift/2399-20-jahre-eeg-viel-feind-viel-ehr>) der entscheidende Motor der Energiewende war und bis heute ist. Insofern gilt es verstärkt auf Anreize zu setzen, die dezentrale und kommunale Beteiligungsstrukturen stärken – die Netzinfrastruktur mit einbezogen. In diesem Verständnis fordert die SPD Schleswig-Holstein u.a. schon seit vielen Jahren eine Landesnetzagentur, ggf. im norddeutschen Verbund.

Um Hemmnisse für den Ausbau weiter zu verringern, sollte die von der CDU durchgesetzte Erhöhung der Abstandregelung auf 1000 Meter zu geschlossenen Siedlungen in Schleswig-Holstein durch eine immssionsschutzrechtliche Bewertung abgelöst werden und eine ausbauförderliche Regionalplanung nach seit nunmehr fünf Jahre anhaltendem Ausbaumoratorium für Windkraft endlich beschlossen werden. Der schleswig-holsteinische Bruttozubau im Jahr 2018 betrug lediglich 147 Megawatt. Um das Zubauziel zu erreichen wären jedoch 650 Megawatt pro Jahr erforderlich.

Bundesweit muss ferner die Umlage- und Steuersystematik verändert werden, die in der heutigen Form Strom unverhältnismäßig verteuert und damit auch Speicher benachteiligt. Der Umstieg auf Erneuerbare Energien kann aber nur gelingen, wenn über Netzmanagement und die Einbindung von Speichern Anreize geschaffen werden – auch mit Blick auf eine Mobilitäts- und Wärmewende.

Im Kontext der Wasserstoffnutzung muss es um Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien gehen. So wichtig es ist, dass mit der nationalen Wasserstoffstrategie und dem im Zuge der Corona-Pandemie aufgelegten Konjunkturprogramm Wasserstoff mit 9 Mrd. Euro gefördert werden soll, so wichtig ist es zugleich, den Anteil von Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien um ein Vielfaches zu erhöhen. Wenn heute deutschlandweit bereits 55 TWh Wasserstoffnutzung jährlich gegeben ist, dann reicht es nicht, bis 2030 nur 90 bis 110 TWh anzusetzen und davon lediglich 14 TWh aus Erneuerbaren Energien zu gewinnen (so aber die Wasserstoffstrategie).

Zudem muss mit dem Einstieg in verstärkte Wasserstoffnutzung auch der Ausbau Erneuerbarer Energien beschleunigt und verstärkt werden.



Das Ziel von 65 Prozent Erneuerbaren Energien im Stromsektor bis 2030 darf nicht als limitierender Faktor wirken, wenn doch heute bereits klar ist, dass mit einem gesteigerten Bedarf von Erneuerbaren Energien auch im Mobilitäts- und Wärmesektor, insbesondere über den Einsatz von Wasserstoff, zu rechnen ist. Die jährlichen Ausbaumengenbegrenzungen wie auch die Ausschreibungspflicht müssen EU-konform abgeschafft werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat am 12. Mai 2020 ein Eckpunktepapier (<https://www.spdfraktion.de/system/files/documents/positionspapier-eckpunkte-einer-nachhaltigen-wasserstoffstrategie-20200512.pdf>) zu Wasserstoff verabschiedet, in dem sie sich für ein Ausbauziel von 10 Gigawatt Elektrolyseleistung bis 2030 ausspricht, somit doppelt so viel, wie nun in der Nationalen Wasserstoffstrategie vorgesehen. Wenn der Bedarf an Energie durch auf Erneuerbaren Energien basierender Wasserstofftechnologie mitgedeckt werden soll, ist es unvermeidlich die Kapazitäten Erneuerbarer Energien entsprechend weiter auszubauen, um den Bedarf in allen Energiesektoren decken zu können.

Daher ist auch die Frage des Imports von Wasserstoff differenziert zu betrachten. Auch wenn Deutschland im Binnenmarkt der Europäischen Union und im Welthandel immer für Importe von auf Erneuerbaren Energien basierendem Wasserstoff offen sein sollte, wäre es ein Fehler, vermeidbare Importabhängigkeiten zu schaffen. Gerade die Erfahrungen aus der Corona-Pandemie, in der durch Verknappung von Schutzkleidung und Arzneimitteln deutlich wurde, wie verwundbar sich Wirtschaftsräume über vermeidbare Importabhängigkeiten machen, sollten uns bei so wichtigen Themen wie der Energieversorgung und damit der Wasserstoffherzeugung eine Lehre sein. Zudem ist eine Limitierung in der heimischen Produktion vor Ort arbeitsmarktfeindlich.



Der Erfolg der Wasserstoffstrategie geht einher mit dem unmittelbaren Ausbau von Anreizsystemen zur Nutzung von Wasserstoff. Insofern bedarf es einer Überarbeitung der Entgelt- und Abgaben-Systematik, wie dies SPD-seitig seit Langem gefordert wird. Unternehmen aus Windenergie-Pionierländern wie Schleswig-Holstein sitzen in den Startlöchern und brauchen eine Aufhebung der Hemmnisse – auch beim Ausbau Erneuerbarer Energien.

Als Umwelt- und Energiepolitikerin habe ich im Herbst 2018 den „Sozialdemokratischen Energiewende-Appell“ initiiert, der seither als Austausch-Forum dient und auf den auch an dieser Stelle verwiesen sei:

[www.energiewende-Appell.de](http://www.energiewende-Appell.de)



*Dr. Nina Scheer*

### **Naturerbe Wentorfer Lohe - Redmann und Habersaat zu Besuch im Stiftungsland**

Von Martin Habersaat – SPD-Landtagsabgeordneter

Zwischen den Gemeinden Wentorf, Wohltorf, Neu-Börnsen und dem Sachsenwald liegt der ehemals zur Garnison Wentorf gehörende Panzerübungsplatz, die Lohe. Bereits 1997 wurde die militärische Nutzung des Geländes aufgegeben. 2012 wurde die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein Eigentümerin des Areals. Seit 2013 wird das Konzept „Naturerbe Lohe“ umgesetzt. Der SPD-Landtagsabgeordnete Martin Habersaat und seine Fraktionskollegin Sandra Redmann, Vorsitzende der Stiftung Naturschutz, besuchten die Lohe und bekamen von Armin Pleick, dem Gebietsbetreuer für die Stiftung, eine sachkundige Führung über Teile der insgesamt 237 Hektar.

Die beiden Becken der ehemaligen Panzerwaschanlage sind heute ein wichtiger Lebensraum für Amphibien, Streuobstwiesen sind ebenso zu finden wie Waldflächen. Nadelwälder werden zugunsten von Eichen und Buchen durchforstet und mit Pflanzungen von Eberesche, Hasel, Stiel-Eiche, Hainbuche, und Schwarzerle eine bunte Laubbaumvielfalt entwickelt. Verrohrte Abschnitte des Amelungsbachs wurden wieder geöffnet, Sohlgleiten, Kiesschwellen und zahlreiche Störsteine eingebaut, damit der Bach wieder frei über die Wiese mäandern kann. Martin Habersaat wurde dabei deutlich, dass es der Stiftung um Optimierung und Aufwertung der Flächen geht. Deshalb kann es schon einmal im Sinne des Naturerbes sein, dass Nadelhölzer gefällt oder Flächen neu gestaltet werden. Es ist gut, wenn die vielfältigen Nutzungsinteressen weiterhin gut miteinander vereinbart werden können. So dürfen Hunde nicht unangeleint abseits der Wege unterwegs sein, eigens für sie wurde aber eine große Auslauffläche eingerichtet.

Sandra Redmann zeigte sich beeindruckt von der Vielfalt der Maßnahmen, die in der Wentorfer Lohe umgesetzt werden. Dort ist Waldumbau ebenso zu sehen wie Streuobstwiesen, es gibt spannende Kleingewässer und eine Fläche für das Blütenmeer-Projekt. Auch die Möglichkeiten der Bildungsscheune wurden sehr gelobt. Hier organisiert die Stiftung Natur im Norden Umweltbildung für Kinder in der Region.



*(v.l.n.r.) Sandra Redmann, Martin Habersaat, Armin Pleick*

## Garten- und Landwirtschafts-Betriebe besucht – Ralf Stegner und Tobias von Pein unterwegs in Stormarn-Mitte

Von Tobias von Pein, SPD-Landtagsabgeordneter

Langsam hält der Frühling Einzug in den Norden. Ein guter Anlass sich mit den Bedürfnissen ‚grüner‘ Betriebe auseinanderzusetzen. Am Freitag den 06. März besuchten der Fraktionsvorsitzende Ralf Stegner und Tobias von Pein die Landgärtnerei Beier in Siek und den landwirtschaftlichen Betrieb von Friedrich Klose in Trittau. Dabei ging es um die Stärkung der lokalen Wirtschaft, aber auch um den Umweltschutz und die Bedürfnisse der Landwirtschaft.

### Regionale Produkte – Das Schleswig-Holstein-Siegel für Pflanzen kommt

Insektenschutz war beim Termin in der Landgärtnerei Beier ebenso Thema wie die aktuellen Herausforderungen von Gartenbetrieben und die Wertschätzung von regionalen Produkten. Neben drei Generationen der Inhaber-Familie Beier war auch der Präsident des Wirtschaftsverbandes Gartenbau in Norddeutschland, Andreas Kröger, beim Termin anwesend.



*In der Landgärtnerei Beier (v.l.n.r.) Yannik Beier, Olaf Beier (Inhaber Landgärtnerei Beier), Tobias von Pein, Ralf Stegner, Andreas Kröger (Präsident des Wirtschaftsverbandes Gartenbau in Norddeutschland), Helmut Beier*

Olaf Beier erzählte, dass der Klima- und Umweltschutz für ihn und seine Kunden eine große Rolle spielen. Mit ihren Pflanzen könne die Landgärtnerei einen wichtigen Beitrag leisten, denn sie wandeln CO<sub>2</sub> in Sauerstoff um und sind wichtig für Insekten. Die Kunden könnten dabei mitentscheiden, ob sie Pflanzen kaufen, die importiert werden oder aus der Region kommen. Andreas Kröger ergänzte, dass es in Kürze ein Schleswig-Holstein-Siegel für Pflanzen geben wird. So können die Kunden dann besser erkennen, welche Pflanzen aus der Region kommen. Als Start für das Siegel nannte er den 17. April 2020.

Tobias von Pein betonte, dass es für ihn als Landespolitiker wichtig ist, kleine und mittelständische Unternehmen vor Ort zu haben. Wenn diese verloren gehen, verliert die Region nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch wertvolles Wissen und regionale Wertschöpfung. Für eine fundierte und kundennahe Beratung braucht es Fachwissen vor Ort.

### **Bauernprotest – Im Gespräch bleiben, Alternativen anbieten!**

Dass die Landwirte unzufrieden sind, ist unübersehbar und unüberhörbar. Dabei haben die Bauern Verständnis verdient. Die Landwirte verdienen einen fairen Preis für ihre Produkte. Eine moderne Landwirtschaft muss ökologisch, sozial und dabei ökonomisch sinnvoll sein, finden wir. Unsere Kollegin und agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kirsten Eickhoff-Weber, hat dazu ein Papier vorgelegt.



*Bei Landwirt Klose  
(v.l.n.r.) Peter Koll  
(Geschäftsführer  
Kreisbauernverband  
Stormarn), Tobias von  
Pein, Ralf Stegner,  
Friedrich Klose (Landwirt,  
Kreisvorsitzender  
Kreisbauernverband  
Stormarn)*

Beim Termin auf dem Bauernhof von Friedrich Klose wurde deutlich, dass es den Landwirten nicht nur um die Inhalte, sondern auch um den Ton geht. Man sollte über alles reden können, auch wenn man verschiedener Meinung ist, findet Landwirt Klose. Deshalb hat er sich auch sehr über unseren Besuch gefreut. Der ebenfalls anwesende Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes Peter Koll mahnte zudem an, dass den Landwirten politische Verlässlichkeit sehr wichtig sei – eine nachvollziehbare Forderung, wie wir finden. Als Sozialdemokraten müssen wir weiter im Gespräch sein mit unseren Landwirten vor Ort. Dabei besteht die Hoffnung, dass diese auch in Erwägung ziehen, uns als eine echte Alternative für eine vernünftige und sachdienliche Agrarpolitik anzuerkennen.

Was nach dem Termin bleibt, ist ein gestärktes Bewusstsein dafür, dass wir unseren Mitmenschen ein besseres Verständnis für die Bedeutung und den Wert von regionalen Erzeugnissen der Garten- und Landwirtschaft mitgeben müssen. Dabei spielen soziale, ökologische und ökonomische Dimensionen eine wichtige Rolle.

**Reden und Anträge von Januar bis Juni 2020****Januar**

REDE ZU PROTOKOLL: Sandra Redmann zu TOP 36 am 24.01.20: Die Errichtung von Wildnisflächen ist richtig – muss aber einvernehmlich abgestimmt werden

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-01-24-12-34-21-3d2d/>

Thomas Hölck zu TOP 16 am 23.01.20: Schleswig-Holstein ist und bleibt Anti-Fracking-Land!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-01-23-15-21-50-6814/>

Ralf Stegner zu TOP2, 18, 22+25 am 22.01.20: Jamaika ist beim Klimaschutz ein Totalausfall!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-01-22-11-03-10-751b/>

Für eine mutige Energiewenden bis 2030 in Schleswig-Holstein ...

Antrag Thomas Hölck (SPD) 22.01.2020 Drucksache 19/1935

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01900/drucksache-19-01935.pdf>

Tierheimen effizient helfen!

Antrag Stefan Weber (SPD) 23.01.2020 Drucksache 19/1916

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01900/drucksache-19-01916.pdf>

Fracking verbieten!

Antrag Thomas Hölck (SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und SSW) 23.01.2020 Drucksache 19/1886

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/01800/drucksache-19-01886.pdf>

**Februar**

Birte Pauls zu TOP 11 am 19.02.2020: Alles was der Schlei dabei helfen kann sich zu regenerieren, ist gut

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-02-19-12-45-29-1ffd/>

Thomas Hölck zu TOP 15 am 19.02.2020: CDU, FDP und Grüne sind Klimaschutzverweigerer!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-02-19-17-56-25-36e2/>

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 31 am 19.02.20: Erhalt gelingt nicht allein auf Naturschutzflächen oder gar im Museum

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-02-20-17-40-49-16bf/>

Thomas Hölck zu TOP 20 am 21.02.2020: Die CDU hat der Akzeptanz für Windenergie schwer geschadet

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-02-21-11-04-13-591b/>

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 23 am 21.02.2020: Einen Rohrkrepierer wie bei der Sauenhaltung können wir uns nicht noch einmal leisten

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-02-21-12-33-46-5fef/>

Modellregion Schlei

Antrag Birte Pauls (SPD) 18.02.2020 Drucksache 19/2009

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02000/drucksache-19-02009.pdf>

Grundwasser effektiv schützen!

Kirsten Eickhoff-Weber (SPD) 18.02.2020 Drucksache 19/2010

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02000/drucksache-19-02010.pdf>

## April

Unterstützungsfond für Folgen der Corona Pandemie in der Land- und Ernährungswirtschaft

Kirsten Eickhoff-Weber und Stefan Weber (SPD) 29.04.2020 Drucksache 19/2138

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02138.pdf>

## Mai

Kirsten Eickhoff-Weber zu Top 17 am 07.05.2020: Tierleid bei Transporten verhindern

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-05-07-17-42-14-161b/>

REDE FÜRS PROTOKOLL: Thomas Hölck zu TOP 53 am 08.05.2020: Die Klimaschutzziele gelten – während und nach der Corona-Krise!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-05-08-13-04-10-6222/>

Stefan Weber zu Top 24 am 08.05.2020: Der Tod der Konik-Wildpferde muss aufgearbeitet werden

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-05-08-15-35-22-6d82/>

Für einen transparenten und verantwortungsbewussten Rückbau der Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein

Thomas Hölck (SPD) 05.05.2020 Drucksache 19/2160

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02160.pdf>

Klimaschutzziele auch durch Wärmewende erreichen - Kohlekraftwerk Wedel schnellstmöglich abschalten

Thomas Hölck (SPD) 05.05.2020 Drucksache 19/2161

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02161.pdf>

## Juni

Kirsten Eickhoff-Weber zu TOP 56: Nutztierhaltung im Sinne des Tierwohls reformieren

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-06-18-12-50-16-429b/>

Sandra Redmann zu TOP 4+55: Der Tag, an dem die CDU das Thema Wald für sich entdeckt hat

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-06-18-14-52-04-4b4c/>

Ralf Stegner zu TOP 32,33,34: Schluss mit den Missständen in der Fleischindustrie!

<http://www.landtag.ltsh.de/pressticker/2020-06-17-10-11-43-5342/>

Schluss mit Werkverträgen in der Fleischindustrie – Gute Arbeitsbedingungen durchsetzen

Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2188

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02188.pdf>

Prekäre Wohnsituation von Arbeitskräften in Schleswig-Holstein beenden!

Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2189

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02189.pdf>

Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen der Freizügigkeit wahren und  
Neuregelungen der EU-Entsenderichtlinie in Schleswig-Holstein umsetzen

Antrag der Fraktion der SPD – Drucksache 19/2190

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl19/drucks/02100/drucksache-19-02190.pdf>

#### Impressum

Herausgeberin: SPD Landtagsfraktion - Arbeitskreis Umwelt, Energie, ländliche Räume

Sandra Redmann, Vorsitzende des Arbeitskreises

Mareike Overbeck, Referentin des Arbeitskreises

Marie Strake, Layout

Postfach 7121, 24171 Kiel

Tel.: 0431 / 988 – 1330

E-Mail: [m.overbeck@spd.ltsh.de](mailto:m.overbeck@spd.ltsh.de)